

Unsere Demokratie droht mit Selbstmord,
weil ihr von den herrschenden und schlafenden
Schein-Demokraten ihre Entfaltung verhindert wird.

Auf der Suche nach Frieden und Freiheit
und über die Quellen des Unheils –
eigene und fremde Texte

von
Tristan Abromeit

Text 182.0.1

Vorbemerkungen

Start

Ende 2025 Anfang 2026

182.0.2 Hauptteil

182.0.3 Übersicht

zu

35 Anhänge mit
Hintergrundmaterial
182.1 bis 182.36

Wenn eine oder einer von Bürgerinnen oder Bürger angesprochen würde, sie oder er möge doch einen praktizierbaren Gesellschaftsentwurf fertigen, dann würden die meisten das als ein Ansinnen halten und zurückweisen, so wie sie auch den Auftrag nicht annehmen würden, der die Fertigung einer Bauzeichnung vorsieht z. B. für ein Kreuzfahrtschiff für gut 1000 Passagiere und 400 Besatzungsmitglieder. Wenn das aber arbeitsteilig von vielen „Konstrukteuren“ mit Spezialkenntnissen gemacht wird, dann geht beides: sowohl der Bau eines großen Schiffes als auch der Entwurf eines Entwurfes einer Verfassung.

Nun ist im Netz auf die Frage, wer die Weimarer Verfassung entworfen hat, zu lesen:

„Am 31. Juli 1919 nahm die Nationalversammlung mit überwältigender Mehrheit - gegen die Stimmen von USPD, DVP und DNVP - die Weimarer Verfassung an, die nach ihrer Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten am 14. August in Kraft trat. Sie beruhte weitgehend auf dem Entwurf von Hugo Preuß.“¹

Das Grundgesetz hingegen wurde vom Parlamentarischen Rat entworfen. Er hatte 77 Mitglieder.²

Nun ist es durchaus möglich, dass eine Person einen in sich stimmigen Verfassungsentwurf schreibt, wenn ihr vorher gesagt wird, ob die Verfassungen eine zentrale oder dezentrale Grundstruktur der Gesellschaft abdecken soll. Eine repräsentative Kommission könnte dann noch vor der Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung durch die Gesamtheit der Wähler, Einfügungen oder Streichungen erlaubt sein. Die Änderungen des Entwurfes sollten aber alternativ von der Gesamtheit der Gesellschaft abgestimmt werden können. Wobei zu beachten ist, dass die Grundrechte nicht vom Staat oder der betreffenden Gesellschaft verliehen werden, sondern in der Natur des Menschen angelegt sind aber erst im Entwicklungsprozess der Gesellschaften bewusst werden oder bewusst geworden sind. Da nicht bei oder in jedem Rechtsfall überlegt werden muss, welche Rechte bei der Annahme der Verfassung als Grundrechte galten und bei allen rechtlichen Fragen berücksichtigt werden müssen, ist es sinnvoll, die Grundrechte in der Verfassung als unmittelbar geltendes Recht zu dokumentieren.

Die Formulierung des Grundgesetzes von 77 Mitglieder des Parlamentarischen Rates dürfte sehr viel schwieriger gewesen sein, als die Abfassung der Weimarer Verfassung, weil sie ja nicht nur der Logik einer Verfassung verpflichtet waren, sondern auch den Vorstellungen der Parteien, dessen Mitglieder sie waren. In beiden Fällen hat ja keine gründliche Diskussion der deutschen Bürgerin-

1 Im Netz ist unter https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Verfassung die Geschichte der Verfassung zu lesen.
https://de.wikipedia.org/wiki/Grundgesetz_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland

2 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_des_Parlamentarischen_Rats

nen und Bürger darüber stattgefunden, mit welcher Verfassung ihrer Gesellschaft sie in Zukunft leben wollen. In beiden Fällen war das Ergebnis etwas Übergestülptes. Dieser Mangel hätte im Vereinigungsprozess von DDR und BRD abgestreift werden können. Aber die Parteisoldaten verschiedener Couleur haben das aufgrund von Angst vor Machtverlust verhindert.³

Inzwischen zeigt sich, dass das Verfahren wie die DDR und BRD vereinigt wurden und wie die Europäischen Union geschmiedet wurde, uns nicht gut bekommt. Die Politik wird doch fast nur noch als Verwirrspiel wahrgenommen. Hinzu kommt, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhanges keine neue Sicherheitsarchitektur gewagt wurde und so den Ukraine-Krieg provoziert wurde. Eine Änderung können wir nicht von den Parteisoldaten erwarten, daher werbe ich dafür, dass eine neue Grundlage für unsere Demokratie geschaffen wird und ein möglichst großer Teil unserer Gesamtgesellschaft daran beteiligt wird. Am Ende muss sich bei der erforderlichen Mehrheit und darüber hinaus das Gefühl einstellen, dass das unsere Verfassung ist, für die wir gelitten und gestritten haben. Wie dann die neue und hoffentlich eindeutige Verfassung aussieht, wird sich nach dem Prozess der Abstimmung zeigen. Ich selber werde diesen Zeitpunkt aus Altersgründen wohl nicht mehr erleben. Das spielt aber keine Rolle. Wenn dieser Demokratisierungsprozess in Gang kommt, dann benötigt er wenigstens ein Vierteljahr Anlaufzeit und mindesten ein Jahr produktive Arbeit bis ein vorzeigbares Ergebnis vorliegt. Wünschenswert ist aus meiner Sicht, dass die Verfassung, die das Grundgesetz ablöst, keine Ewigkeitsklauseln enthält, denn diese sind eine Beschneidung des urdemokratischen Rechtes der Nachgeborenen. Zweckmäßig wäre, die Verfassung eine Revisionsklausel enthält, dass z.B. alle 25 Jahre darüber abgestimmt wird, ob die Verfassung weiter gelten oder geändert werden soll.

Im Februar 2024 bin ich mit dem Teil 177.0 der nachfolgend benannten Arbeit angefangen.

177.0 **Überwindung der Parteienherrschaft**

- eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden
Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza
Einführung in das Anliegen und die Übersicht der Dateien der Textreihe 177
von Tristan Abromeit / Februar 2024 (34 Seiten / 1239 KB)

„Durch Erkrankung wurden die Beifügungen verspätet und der Haupttext noch gar nicht geschrieben. Im Januar 2023 habe ich mit dieser Arbeit begonnen. Im Juni 2023 angekommen, ging es mir gesundheitlich wieder besser, nun plagten mich aber Zweifel an der Sinnhaftigkeit meines Vorhabens, das als meine letzte Botschaft gedacht war. Genauer gesagt:

³ Dabei will ich gar nicht leugnen, dass es vielleicht auch „gute“ nachrangige Gründe für das Verfahren gegeben haben mag.

Ich habe keine Zweifel an der Notwendigkeit der Klärung und Optimierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern an meiner Fähigkeit dazu einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Ich hätte keine großen Schwierigkeiten, alles was ich zusammengetragen und formuliert habe, in den Papierkorb zu schieben, wenn ich wüsste das andere Streiter für Freiheit und Demokratie schon Besseres vorgelegt haben. Das Urteil über die von mir zusammengetragenen Texte und meinen eigenen Beiträgen liegt aber bei den Leserinnen und Lesern, darunter finden sich sicher welche, die meinen Bemühungen zum Anlass nehmen, die Argumente und Hinweise in eine besseren Form zu liefern, als ich es hier anbiete. Jede Leserin und jeder Leser, der mit meiner Arbeit nicht zufrieden ist, ist aufgefordert es selber besser oder anders zu machen. Eine einzelne Stimme erzeugt zu wenig Wirkung. ...

Am 3. September 2024 war ich immer noch nicht mit meiner Textreihe 177 fertig als ich dringend ins Krankenhaus musste. Am 13. 12. 24 hatte ich drei Krankenhäuser durchwandert und ich konnte wieder nach Hause fahren. Zwischendurch sah es gar nicht immer so aus, als wenn ich die ganze Tour überleben würde. In einem der von Medikamenten beeinflussten Träume, hatte ich Lust aufs Sterben als Erlösung. Ich dachte im Traum, meine Zeit zum Sterben sein gekommen. Ich spürte keine Angst, aber da war eine andere Stimme, die sagte mir, ich könne noch nicht sterben, ich hätte meine Arbeit noch nicht erledigt. Aber da ich wusste, dass es eine aberwitzige Vorstellung ist, plagte mich diese Vorstellung weiterhin. Ich konnte mich aber nicht überwinden, erst eine ordentliche Gliederung für das Schreibvorhaben zu machen. Ich habe die Stunden, die ich am PC sitzen konnte genutzt, um das niederzuschreiben oder einzuscannen, von dem ich annahm, dass es Bausteine für das große ganze Vorhaben sein könnten, die eine andere Person, die sich traut, auf das Thema Gesellschaftsgestaltung einzugehen, nutzen könnte. Ich will jedenfalls mit der Niederschrift meiner Tages- oder Wocheneinfälle aufhören, weil ich meine Restlaufzeit noch für andere Vorhaben benötige. Ich bin selber gespannt, was ich am Schluss unter erschwerten Bedingungen an Gedankensplitter zusammengetragen habe.

Zwei Tage später: Das mit dem „Aufhören“ ist leichter gedacht als getan. Am Mittwoch, den 18. Februar 2026 meldet die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ):

„Verfassungsschutz: Niedersachsen-AfD gilt als gesichert rechtsextremistisch
/ Innenministerin Daniela Behrens (SPD) stuft die Partei zu einem Beobachtungsprojekt von besonderer Bedeutung hoch – als ersten westdeutschen Landesverband. Die AfD will sich vor Gericht wehren.

Da kommt mir wieder hoch, was ich vor längerer Zeit und erst kürzlich geschrieben und bei meinen Versuchen mit den Rückblicken jüngeren Zeitgenossinnen gelesen habe, um ihnen erfreulichere Ausblicke in die Zukunft zu ermöglichen:

a)

- b) Band 267 der Reihe Geschichte und Staat mit dem Titel „Philosophie der Grünen“ von Manon Maren-Grisebach, 1982.
- c) 19.1.15.: [Dokumentation 15: eigene Texte Pflegeversicherung / Nördliches Ostpreußen / Litauen](#) (22 Seiten, 817 KB) Diese Dokumentation gehört zum „Offener Brief vom 1. Mai 20011 Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil2“

Die Texte a) und c) sind mit den eingefügten Links zugänglich. Der Text aus dem Buch von Manon Maren-Grisebach, den ich im Zusammenhang meines vorliegenden Textes kürzlich gelesen habe scanne ich jetzt ein: Aus Philosophie der Grünen von Manon Maren-Grisebach, 1982.

Was wollen die „Grünen“? Wollen sie eine „Fundamental-Opposition“ nur als Nein-Sager sein, wie man es ihnen häufig vorwirft? Oder haben sie sich eine theoretische Basis erarbeitet, von der aus sie als politische Partei mitgestaltend tätig sein können und wollen? Auf viele Fehlentwicklungen haben die Grünen aufmerksam gemacht und das Bewußtsein der Bürger und der Politiker in Regierungen und Parlamenten geschärft. Jetzt aber will man mehr über die Zielvorstellungen der Partei „Die Grünen“ wissen.

Eine der drei Bundesvorsitzenden, Dr. Manon Maren-Grisebach, zeigt in diesem Taschenbuch, was diese Partei für gut und erstrebbar hält und was geändert oder verhindert werden soll. Kein Rezeptbuch für die praktische Arbeit der Politiker, aber ein aufschlußreicher Führer durch die weltanschaulichen Grundlagen der Grünen wird hier als Information angeboten. (Rückseite / GUNTER OLZOG VERLAG)

Die Gewaltfrage

Wenn wir uns schon derart widerborstig gegenüber Macht verhalten, wieviel verneinender gegenüber Gewalt. Daher ist und bleibt eine der schon mehrfach zitierten vier Säulen unserer Politik die *Gewaltlosigkeit*. Ganz klar gesagt: Grüne wenden keine Gewalt an. Nur mit der konsequenten Ablehnung von Gewalt stehen unsere Fundamente: Auch die Mittel, mit denen wir unsere politischen Ziele erreichen wollen, können nur gewaltlos sein. Immer wieder haben wir den „*gewaltlosen* Widerstand“ betont, den „zivilen Ungehorsam“.

Daß sich die Grünen dennoch nicht jedes Mal eindeutig von anderen Gruppen distanzieren, wenn diese aus ohnmächtiger Empörung gewalttätig werden, etwa gegen die Betonwände an der Startbahn West oder gegen den Bauzaun um das Atomkraftwerk Brokdorf, liegt daran, daß solche Ausbrüche viel größeren Gewaltanwendungen gegenüber stehen. Denn auch und gerade die Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen erscheinen uns als Taten der Gewalt, gegen die Natur und gegen die Menschen.

Ab und an geraten wir eben in dieselbe Antinomie, d. h. in den unauflösbaren Widerspruch, in den auch Verfechter der absoluten Toleranz geraten: gewaltlos gegen Ge-

walttätige? Tolerant gegenüber Intoleranten? Das sind von jeher tiefgreifende Probleme in der Ethik gewesen, die am leichtesten im jeweiligen Einzelfall entschieden werden können, nicht jedoch absolut. Oder sind kriminelle Handlungen, Raub, Mord und Körperverletzung, politische Gewalt und Unterdrückung gar keine Gegenstände von Toleranz und auch keine für die verlangte Gewaltlosigkeit? Haben sich die so Handelnden selbst aus dem Bezirk der Gerechtigkeit hinauskatapultiert? Oder soll gelten: „Wenn dir jemand einen Streich gibt auf deine rechte Backe, dem biete auch die andere dar?“ Das ist Bergpredigt (Matthäus 5), die wird von den Christen unter den Grünen, und davon gibt es eine ganze Menge, mehr und mehr zurate gezogen.

Und da die Hauptgewaltanwendungen in Kriegen passieren, greifen auch hier viele nach den friedfertigen Gedanken der Bergpredigt. Das fünfte Gebot „du sollst nicht töten“ wird da wiederholt und weit überstiegen, durch das: du sollst deinem Bruder nicht zürnen. Nicht einmal zürnen also! Wie steht's mit unseren „christlichen“ Parteien? In dieser Hinsicht werden sie von den Grünen weit in den moralischen Schatten gestellt, in den religiösen auch. Kein Pazifismus kann ihnen radikal genug sein.

Kriegführen heißt für uns: morden. Und die Legalität solcher Tötungskampagnen kann die Gewissen nicht reinwaschen, was schon dem großen Humanisten *Paracelsus* sonnenklar war, 1533! Daher erstreben wir auch ein Verbot von Kriegsspielzeug, und eines der Gewalt- und Kriegsverherrlichung in Literatur und Medien.

Beiläufig fällt auch eine Abgrenzung gegen die heutige, in den Ostblocklehren verkündete Zweckkonstruktion ab: revolutionäre Gewalt sei gut, reaktionäre schlecht. Gewalt aber gebiert Gewalt und Waffengebrauch, egal für wen oder für was sie eingesetzt werden.

(Seite 86 und) 87

Seit neuestem ist die Diskussion um das „Gewaltmonopol des Staates“ entbrannt. Die Befürworter, auch bei den Grünen gibt es sie, ereifern sich: oder willst du, daß jeder eine Knarre besitzt? Das aber ist für den Radikalpazifisten nicht die Alternative. Er muß den Mut haben, die politische Utopie, das vorläufige Nirgendwo der rundum vorhandenen Gewaltlosigkeit immer vor seinem Fernrohr zu haben. Mit Phantasie politische Mittel ersinnen, die von dem noch gültigen „Gewaltmonopol“ wegbringen, das ist unser Bestreben.

Falls jemand dem Satz des schon im Ökologie-Kapitel zitierten Amerikaners *Bateson* zustimmt: „Wenn ich *wir* sage, schließe ich selbstverständlich den Seestern und die Wälder, das sich teilende Ei und den Senat der Vereinigten Staaten mit ein“, dann ist der total naiv. Denn wenn wirklich „wir“ gemeint wird, dann müßten wir ganz anders handeln: kein Erdinger Moos zubetonieren, keine Gifte auf die Felder sprühen und keine A-, B- und C-Waffen herstellen.

Die Schlüssigkeit der Argumentation der Grünen liegt im unzerreißbaren Zusammen von Ökologie, Frieden, Gewaltlosigkeit. In dieser argumentativen Rückkopplung unserer pazifistischen Haltung an den Grundlagenpunkt von Ökologie, an die große Vernetzung des Lebendigen, das keinerlei gewalttätigen Eingriff verkraften kann, im Kontinuum von Mensch *und* Natur, liegt unsere Stärke.

Es ist anzunehmen, daß für unsere Grundsätze von Macht und Gewalt dasselbe gilt wie für die von

(Seite 89)

Ökologie und Frieden: die meisten Menschen werden sie bejahen, aber nach dem Wie des Machens fragen. Einige Möglichkeiten sind schon genannt, sie seien mit weiteren nochmals hier vereinigt:

– *Zur Machtfrage innerhalb der Partei Die Grünen: Alle Versammlungen sind öffentlich. Rotationsverfahren bei allen Ämtern und Mandaten. Keine Ämterhäufung. Mehrköpfige Vorstände. Keine Einzelpersonen mit Führungsfunktionen. Autonomie der Orts- und Kreisverbände und der Landesverbände.*

– *Zur Machtfrage außerhalb der Partei: Weitest gehende Einführung einer direkten Demokratie durch Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, Anhörverfahren in Parlamenten und sonstigen Gremien. Möglichkeit der Verbandsklage. Rücknahme der zentralistischen Gemeinde-Verfassungen, Stärkung der Ortschaftsverfassung. Mitbestimmung und Mitsprache in den Betrieben.*

- *Zur Gewaltfrage: Keine Durchsetzung von staatlichen Entscheidungen mittels Gewalt. Auflösung des „Verfassungsschutzes“ als Spitzelorgan des Staates. Rücknahme des Extremistenbeschlusses: keine Berufsverbote. Keine Ausrüstung der Polizei mit militärischen Kampfstoffen.*

(S. 89)

(Hervorhebung TA)

„Der Krieg als Sünde“

„Dieweil nun aber dies Gebot den leiblichen Tod anbetrifft, du sollst nicht töten, so werden auch die Kriege hierin begriffen, Schlachten, Stürmen und dergleichen. Denn wo geschehen größere Morde als in Kriegen, da vermessene Totschläge geschehen, einer des anderen wartet, einer des anderen begehrt, je einer dem andern stillsteht, siehet und weist seinen Tod? Dies Kriegen und Totschlagen ist auf einer Seite wie auf der anderen. ... Also sind sie beide Totschläger, der, so erschlagen wird, und der, so überbleibt.

... Darum ist einer wie der andere. Darauf sollen wir wissen, daß wir in allen Dingen wider dies Gebot sind. Wenn nun ein Krieg wird angesponnen, so begehen sie alle vermessene Totschläge und Morderei, zudem daß sie geschehen von eigens Nutz wegen, Ruhm, Reichtum, Hoffart, Gewalt, Macht, Übermut etc.

... Darum so ist diese Ritterschaft nichts denn Morderei.“

(Theophrastus Paracelsus, um 1533)

(S. 88)

Ich habe meinen Text 180 [Was ist an der Forderung nach einem AfD-Verbot falsch?](#) Nochmals durchgelesen, ich habe dort mehr zu der AfD und das Umfeld *Demokratie* geschrieben, um zu zeigen, das ein Verbot der *AfD* und ihre Einstufung in „*verfassungsfreinlich*“ nichts taugt, um der Besatzung des sinkenden Schiffs *SPD* als Rettungsboot zu dienen. Es wäre nützlich genau zu

beschreiben, welche Forderungen oder welches Verhalten der AfD verfassungsfeindlich gelten sollen? Das einprügeln auf die AfD – es mach noch so berechtigt sein – bedeutet doch auch ein einprügeln auf die Wähler, die den prügelnden Alt-Parteien untreu geworden, weil ihre Politik ihnen Bauchschmerzen verursacht. Also: Kämpfen nicht Klammern, heißt es auch im politischen Boxsport.

00000

Auf ein paar Nachrichten von heute, zur EZB / zum Euro will ich noch reagieren: Die HAZ meldet am 19. 02. 2026 zur EZB „Spekulationen über Chefposten der Zentralbank“

Frankfurt/Main.

Räumt EZB-Chefin Christine Lagarde ihren Posten vorzeitig? Ein Bericht der „Financial Times“ gibt den Spekulationen neue Nahrung. Demnach wolle Lagarde noch vor der französischen Präsidentschaftswahl, die im April 2027 stattfinden soll, die Europäische Zentralbank (EZB) verlassen. Hintergrund sind Sorgen, dass nach der Wahl Rechtspopulisten großen Einfluss gewinnen und die Neubesetzung der EZB-Spitze komplizierter werden könnte.

Eine EZB-Sprecherin teilte mit: „Präsidentin Lagarde hat noch keine Entscheidung über das Ende ihrer Amtszeit getroffen.“ Lagarde trat ihr Amt als Nachfolgerin von Mario Draghi am 1. November 2019 an. Üblich ist eine Amtszeit von acht Jahren. Lagarde ist also regulär noch bis Ende Oktober 2027 im Amt. Die Besetzung der EZB-Spitzenposten ist Teil eines Brüsseler Personalpokers. Die Entscheidung liegt bei den Euro-Staaten.

Die „Financial Times“ beruft sich auf eine Person, die mit den Überlegungen Lagardes vertraut sein soll. Demnach will die Französin durch einen vorzeitigen Abtritt dem scheidenden französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ermöglichen, noch vor der Wahl in Frankreich die Nachfolge für den Posten zu regeln. Wann Lagarde ihr Amt niederlegen werde, sei noch unklar, schreibt die Zeitung.

Für die Nachfolge haben sich auch zwei Deutsche ins Gespräch gebracht: Bundesbankchef Joachim Nagel und EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel. Als Favoriten gelten aber der frühere niederländische Zentralbankchef Klaas Knot und der Spanier Pablo Hernández de Cos, der derzeit Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist.



Lagarde

Normalerweise dient das Bild von der EZB-CHEFIN dazu die inhaltlich wenig ergiebigen Berichte über die Europäische Zentralbank in den Zeitungen eine Bedeutung zuzulegen. Ich habe keinen Grund Frau Christine Lagarde persönlich zu kritisieren. Dass was in Zeitungsberichten von ihr zu lesen ist, ist meistens eine Mixtur von dem, was die EZB verlauten lässt. Und wie die Meinungsprozesse in der EZB ablaufen, konnte ich bisher den Medien noch nicht entnehmen.

Gerhard Ziemer⁴, den ich schon im Anhang 182.6 Teil I und Teil II aus seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971, zitiert habe, verweist an einer Stelle, die ich Moment nicht finde, das die Fehler, die währungspolitisch in der Weimarer Republik gemacht worden wären, würden von der Deutschen Bundesbank nicht wiederholt werden, weil das bessere Wissen um das Thema Währung heute vorhanden wäre. Leider hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, dass – insbesondere mit der Einführung des Euros – die Klarheit über die Währungsfragen unter den Fachleuten und Fachgelehrten immer noch nicht genügend vorhanden ist. Auch bei der Art der politischen Vergangenheitsbewältigung wird die eigentliche Benennung der Ursachen des Unterganges der Weimarer Republik vermieden oder einfach nicht gekannt. Ich sehe daran aber die Ursache der Rechtstendenzen in unserer Republik. Ziemer schreibt in seinen Schlussfolgerungen u.a.:

... Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk wo kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das

⁴ „Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschafts-syndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.“

Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht. ...(Seite 224)

Silvio Gesell:

Demokratie wird Plutokratie sein und bleiben, bis wir die wirtschaftlichen Grundlagen für eine wahre Demokratie geschaffen haben. Und alle Revolutionen und Putsche werden nichts daran ändern können. Denn auch noch die Revolution steckt derjenige in den Sack, der Geld hat, der mehr Geld hat als die andern. Mit bestechlichen Menschen kann man keine Revolution zum siegreichen Ende führen. Und bestechlich sind alle, die hungrig sind, die die Kostbarkeiten dieser Erde immer nur von außen betrachtet haben und nie durch praktische Erfahrung zur Erkenntnis der inneren Hohlheit dieser Schätze kommen konnten.

(Aus: AN DIE ÜBERLEBENDEN / Gedanken Silvio Gesells, eingeleitet und zusammengetragen von Friedrich Salzmänn, 1945)

Zu lesen ist, dass auch alle Ministerinnen und Minister schwören, alles zum Wohle des Volkes zu tun. Die funktionsgerechte Währung ist einer der wichtigsten Bausteine um diesen Schwur zu erfüllen. Die Wirtschaftsmister, die Sozialminister, die Arbeitsminister, die Justizminister, die Außenminister und die Forschungsminister müssten doch alle hoch interessiert sein, um wirklich zu verstehen, woran die Weimarer Republik untergegangen ist. Nicht nur um die gleichen Fehler zu meiden, die gemacht wurden, sondern um es in ihrer jeweiligen Wirkungszeit besser zu machen als ihre Vorgänger. Ich habe jetzt nicht geforscht, wie viel hundert starke Mannschaften jedes Ministerium beschäftigt, aber ich denke, jedes Ministerium könnte wenigstens eine Dutzend starke Mannschaft zusammenstellen, die alles in den letzten 100 Jahren zum Thema Währung zusammentragen, aber nicht die Ergebnisse unter Verschluss halten. Die Ergebnisse würden reichhaltiger werden, wenn die Gruppen in einer Konkurrenz-Situation arbeiten und für ihren Minister oder ihrer Ministerin aufbereiten würden, damit diese oder dieser ihren bzw. seinen Schwur einlösen kann. Alle Gruppen können durchaus bei Ludwig Erhard anfangen, er hat die Bedeutung des Geldes im sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang benannt aber er wurde auch behindert zum Ziel seiner Bemühungen zu kommen.

- 176  Inflation und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik
Offener Brief an den Präsidenten der Deutschen Bundesbank
Herrn Dr. Joachim Nagel
und die Herren Professoren
Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld,
Dr. Oliver Landmann
Dr. Stefan Kooths
von Tristan Abromeit
September 2022 (4+65+6 Seiten 3431 KB)

Folgetexte 176.1 / 176.2 / 176.3 / 176.4 / 176.5 / 176.6

00000

Militärhistoriker Sönke Neitzel auf dem Roten Sofa

19.02.2026 · [DAS! Rote Sofa](#) · NDR
UT

Wenn es um Einschätzungen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine oder das Abschreckungspotential der NATO geht, steht Prof. Sönke Neitzel stets als fundierter Gesprächspartner zur Verfügung. In seinem aktuellen Buch "Die Bundeswehr: Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende" erzählt der Historiker die Geschichte unserer Armee seit dem Jahr 1955 und analysiert deren gegenwärtigen Zustand. Auf dem Roten Sofa wird er erläutern, vor welchen gewaltigen Herausforderungen die Bundeswehr in diesen politisch unruhigen Zeiten steht.

Ein glänzender Beitrag, ein kundiger Redner, ein sympathischer Mensch. Der Mangel ist wahrscheinlich, dass er noch kein Glied seines Körpers verloren hat, auch kein Splitter im Bauch oder Kopf mit sich herumträgt und keine Hitze und Kälte in Extremsituationen kennt. Er kann noch mit Fakten jonglieren wie ein Meister des Schachspiels mit den Schachfiguren:

Statt eines Kommentares ein Zitat aus der Schrift „**Die Freiwilligen** / Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischen Verteidigung“ (Wissen und Verantwortung, Göttingen 1959)

Erklärung

Schwerwiegende und das Gewissen bedrängende Gründe sprechen dafür, daß die fortgesetzte Politik militärischer Rüstung unserm Volk nur die Wahl zwischen der Kapitulation Fünf Minuten vor Zwölf oder der Atomhölle Fünf Minuten nach Zwölf läßt.

Der militärische Krieg ist zum Massenmord an Männern, Frauen und Kindern und damit zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit geworden. Er kann auf keine Weise vom Gewissen gerechtfertigt werden. Seine verbrecherische Natur hat auch dem alten Soldatentum ein Ende gesetzt, ihm Sinn und Ethos genommen.

Auch die bloße Drohung mit dem militärischen Krieg halten wir für un-erlaubt. Der Hinweis, durch Drohung mit dem allgemeinen atomaren Selbstmord werde dieser selber verhindert und auch kleineren Gewalt-akten vorgebeugt, verliert mehr und mehr seine tJberzeugungskraft. Die zunehmende Perversion des geistigen, wirtschaftlichen und politi-schen Lebens müßte aus ihr *schließlich* unvermeidlich grauenvolle Wirklichkeit machen.

Den Versuchen, unser Volk mit allen Mitteln auf dem unsinnigen und verbrecherischen Weg voranzutreiben, setzen wir die gewaltlose Selbsthilfe entgegen, die wir selber üben und zu der wir jedermann auf-fordern. Im Zweiten Weltkrieg waren wir noch Soldaten. Trotz aller Be-denken glaubten wir, noch mit militärischen Waffen kämpfen zu müs-sen. Heute sind wir Soldaten neuer Art. Wir glauben, daß die alten Sol-datentugenden sich heute in dem zivilen Einsatz erfüllen, der von uns gefordert wird.

Wir meinen, daß nur noch eine starke deutsche Freiwilligenbewegung unserm Volk und seinen Regierungen helfen kann, rechtzeitig auf ei-nen besseren und guten Weg zu kommen. Wir wollen diese Freiwilli-genbewegung und dienen ihr mit allen Kräften.

Augsburg, den 1. Mai 1959

Bodo Mansteln

Nikolaus Koch

00000



Der frühere Bundespräsident spricht in Hannover beim Bündnis „Niedersachsen packt an“

Von Timon Naumann, HAZ vom 20.02. 2026

Hannover.

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat in Hannover zu mehr Mut und gesellschaftlichem Engagement aufgerufen. Er trat als Gastredner auf der Konferenz zum zehnjährigen Bestehen des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ auf. „Wir wollen dieses Land, das uns so kostbar ist, nicht preisgeben. Wir überlassen es nicht den Feinden von innen, die so tun, als hätten sie eine Alternative, obwohl sie uns für die Zukunft überhaupt nichts anzubieten haben“, sagte Gauck bei der Veranstaltung auf dem Messegelände.

In Teilen der Bevölkerung gebe es einen „gediegenen Verdruss“, beklagte Gauck. Viele Menschen beschäftigten sich ausschließlich mit dem Negativen. „Der Ohnmächtige hat einen Vorteil: Er ist nie an etwas schuld. Er kann nur sagen, was die anderen schlecht machen“, so Gauck.

Gleichzeitig warnte er vor dem Erstarken der politischen Ränder und vor äußeren Bedrohungen, etwa durch Russland. Nur mit Entbehrungen könne sich die Bundesrepublik auf die neuen Zeiten einstellen. Freie Gesellschaften seien Gesellschaften der Ermächtigten, die sich nicht darauf verließen, dass der Staat alles regle, sagte Gauck.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ feierte auf der Konferenz sein zehnjähriges Bestehen. Die Initiative wird von der Landesregierung, Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und der Zivilgesellschaft getragen. Ziel ist

die erfolgreiche Integration von Geflüchteten durch die Förderung von Demokratie und Vielfalt.

Die Eröffnungsrede hielt Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies (SPD). Auch er sprach über die Veränderungen, die die Gesellschaft in den vergangenen zehn Jahren durchlaufen habe – und über die Rolle, die die Politik dabei übernehmen müsse. „Was Demokratie nicht braucht, ist ein politisches Schauspiel. Wir brauchen nicht das Gefühl, wir tragen in der Öffentlichkeit unsere unterschiedlichen Positionen an jeder Stelle aus, ohne zu zeigen, dass es auch Lösungen gibt“, sagte Lies.

Auch die kürzliche Einstufung der AfD Niedersachsen durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem kommentierte der Ministerpräsident. Gerade in diesen Zeiten sei es wichtig, als Staat klare Konsequenzen zu ziehen und entsprechend zu handeln. Die Politik werde es aber nicht zulassen, dass es Strömungen gebe, die die Verfassung und die Vielfalt nicht akzeptierten. „Dagegen müssen wir vorgehen, das dürfen wir nicht zulassen“, sagte Lies.

Unser ExBundespräsident Joachim Gauck hat von mir schon Post erhalten, als er noch Pastor in der DDR war. Wenn ich mich recht erinnere, wurde mir der Posteingang von einem Büro auch bestätigt. Ich habe den Postvorgang darum später, als er einen Vortrag in der Stadt Wunstorf hielt, auf einer CD gespeichert und ihm persönlich überreicht. Das Problem, das Joachim Gauck bei der Vermittlung seines Freiheitsbegriffes hat, ist, dass er die BRD-Freiheit, die er durch die Auflösung der DDR erreicht hat, als die maximal mögliche Freiheit hält. Und er versteht auch nicht, warum die BRD-Opposition in den 60er Jahren im oder bei dem Marxismus gelandet ist. Es muss ihm heute noch befremdlich sein, dass eine Idee, die in der DDR als gedankliche Kette diente und für manchen DDR-Bewohner eine reale Gefängniszelle bedeutete, in der Alt-BRD soviel gedanklichen Raum greifen konnte. Dass die Ursache für die Wahl der Unfreiheit, die in der Erlösungsreligion des Marxismus zu Hause ist, in der alten BRD-West durch die mangelnde Gedankenfreiheit im System der alten BRD befördert wurde, begreifen die Linken, die Rechten und die Mittigen bis heute nicht. Warum soll sie daher Joachim Gauck verstehen, für den ich durchaus Sympathie habe.. Das Schlimme ist, dass die DDR Bürger und die Alt-BRD-Bürger sich das Recht stehlen lassen haben, einen gemeinsamen Freiheitsbegriff zu erarbeiten.

Darauf kommt es an!

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD
für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR

gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung
für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Tristan Abromeit

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf>

Text 110.2

Verdeutlichung des Anliegens
durch eine Auseinandersetzung mit der Person
des Bundespräsidenten Joachim Gauck,
seinen Büchern und seiner Rede vom 22. Februar 2013

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.2.Verdeutlichung...J.Gauck.pdf>

000

Ich halte Angela Merkel für eine respektable Frau, der Achtung gebührt und deren Einsatz und deren physische Leistungsfähigkeit bewundernswert ist. Dass ich Frau Merkel trotzdem für eine Feindin der Demokratie und Verfassung und kein Glücksfall für unsere Geschichte halte, steht auf einem anderen Blatt. Ich denke, dass die Schwäche von Angela Merkel darin begründet ist, dass ihre politische Sozialisierung in der DDR stattfand und den Wechsel von der DDR zur BRD-neu zwar als Zugewinn an Wohlstand und Freiheit empfunden hat, aber - so wie unser Ex-Bundespräsident Joachim Gauck – den versäumten Zugewinn an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit durch das mangelhafte Verfahren der Vereinigung der DDR mit der BRD-alt aufgrund ihrer Biografie gar nicht wahrnehmen konnte. Unbewusst muss ihr Ziel gewesen und noch sein, es besser als Erich Honecker in der untergegangenen DDR zu machen. Und das Ziel hat sie doch erreicht. Das Problem unserer Gesellschaft hieß und heißt daher nicht Angela Merkel, sondern das Problem war und ist, das die Suche nach Lösungen der internen Probleme unserer Gesellschaft und nach den externen Problemen mit unserer Außenwelt zu früh aufgegeben wurde und sich auf das Maß „Angela Merkel“ festgelegt haben. Und hier sind nicht nur die CDU und CSU gemeint, sondern alle konkurrierenden Parteien, die Gesellschaftswissenschaft, die Medien. Und da wir beanspruchen eine Demokratie zu sein, sind wir als Bürger für die ganze Entwicklung unserer Gesellschaft / unseres Staates mitverantwortlich.

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/160.1.Protokoll.der.Ueberlegungen.zum.Thema.Wirkungen.politischer.Leitideen.pdf>

000

... Ich komme zu unserem scheidenden Bundespräsidenten Joachim Gauck: Joachim Gauck hat von mir schon Post mit Informationsschriften bekommen, als er noch Sprecher des Neuen Forums in Rostock war. Der Eingang wurde mir mit der Post vom 31. 1. 1990 bestätigt. Ich habe vor seiner Wahl als Bundespräsident geschrieben, dass ich ihn mir gut als Bruder vorstellen könnte, und das war als Lob gemeint, denn meine Zuneigung zu meinem leiblichen Bruder, Jahrgang 1939, ist groß. Ich habe Vorbehalte gegen seine Wahl als Bundespräsidenten gehabt, weil ich meinte, dass er aufgrund seiner Biographie die Lage der westdeutschen

Bürger in dem von westdeutschen Politikern geprägten neuen Deutschlands nicht richtig einschätzen könnte. Das war aber nicht in einem abwertenden Sinn gemeint. Für seine Fähigkeiten als Redner hat er meine Bewunderung. Heute muss ich sagen, dass er sein Amt gut ausgefüllt hat, wenn er auch kein Verständnis dafür haben wird, wenn ich sage, dass er einen demokratisch nicht legitimierten Staat gedient hat. Ich bringe erst einmal Ausschnitte aus zwei Texten von mir, die sich mit ihm befassen. ...

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/147.0.2.Verrat.und.Elend.in.Politik.u.Oekonomie.Quellen.u.Reflexionen.pdf>

00000

Hybrides Fachgespräch

2. 3. 2026



Koloniales Unrecht und Wiedergutmachung

Please notice the english version below.

Ehemals kolonisierte Länder und ihre Gemeinschaften fordern zunehmend die Anerkennung kolonialen Unrechts und konkrete Schritte zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit. Deutschland hat sich zwar zur Aufarbeitung verpflichtet, bisher gibt es jedoch nur einzelne freiwillige Maßnahmen ohne klare rechtliche Grundlage, was Risiken wie inkonsistente Umsetzung, fehlende Langfristigkeit und mangelnde Transparenz birgt.

Als globaler Akteur ist Deutschland gefordert, eine glaubwürdige, menschenrechtsbasierte Außenpolitik gegenüber Ländern des Globalen Südens zu gestalten. In unserem Fachgespräch möchten wir gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik diskutieren, welche Ansprüche Deutschland berücksichtigen sollte, um einen kohärenten und langfristig tragfähigen Rahmen für den Umgang mit seiner Kolonialvergangenheit zu schaffen – und Lehren aus dem laufenden Versöhnungsprozess zwischen Namibia und Deutschland zu ziehen.

Das die grüne Bundestagsfraktion sich Gedanken macht über die Entwicklung des globalen Südens ist lobenswert, aber Gedanken allein nutzen nichts, wenn nicht daraus praktikable Taten folgen. Für mich haben sind solche Überlegungen schon Bedeutung bevor die Partei Grüne Liste Umweltschutz in Niedersachsen als Vorläuferin der Partei DIE GRÜ-

NEN gegründet wurde. Mir war dabei auch immer selbstverständlich, dass man ein ausgewähltes zu förderndes Land nicht einfach ein Programm überstülpen kann, ohne dass das zu fördernde Land nicht selbst die Förderung mitbestimmt. Genauso sollte selbstverständlich sein, dass einfach einen Geldbrunnen zur Verfügung stellt und sagt: „Jedes Mitglied oder eine Auswahl Bürger des Empfängerlandes kann sich frei daraus bedienen bis der Brunnen leer ist. Mir schwebte daher der Gedanke vor, das wir die Probleme in unserem Land so lösen, dass es als kopierbares Vorbild ohne die Entwicklungskosten und mit geringen Risiko des Fehlschlages genutzt werden kann.

Wichtig ist aber auch, dass wir wissen aus welchen Gründen wir helfen wollen und können. Es ist nicht irrational, wenn gesagt wird, wir machen das aus der Nächstenliebe. (Für die Christen wäre das von ihrem Glauben hergesehen ein selbstverständliches Motiv.) Auch wäre vertretbar, wenn wir sagen würden, wenn wir dem Land X, Y oder Z helfen würden, sich zu entwickeln, brauchten wir nicht befürchten, dass sie alle zu uns kommen, um sich auf unsere Kosten satt zu essen. Und entwickelte Länder sind für uns zum Güteraus-tausch vorteilhafter als Ländern mit Hungerleidern. Aber in der Einladung klingt die schon vielfach missbrauchte Schuld der Deutschen an. Das Beispiel Israel / Palästina ist ein abschreckendes Beispiel. Außerdem dürfte dieser Strang der Argumentation weiterhin den Rechtsradikalismus fördern.

Dann kommt mir ein Beitrag, der sich als wissenschaftlich verstand in Erinnerung, da wurde nachgewiesen, dass der Sklavenhandel in der Vergangenheit gar nicht ohne Beteiligung der Afrikaner gar nicht möglich gewesen wäre.

Das Bodenrecht spielt wie überall auf der Welt eine große Rolle als Ursache von Hunger und Krieg. Ich habe in meiner Textreihe 177 folgenden Text eingefügt:

177.12.2  [**Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik**](#)

Zum Thema die Rolle der Kleinbauern in Entwicklungsländern verweise ich auf die Buchtitel "Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende" und "Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld" von Werner Onken, Fachverlag für Sozialökonomie, Gauke und zu einem eigenen Netz-Beitrag mit dem Titel:
"Der Bodenfonds als Möglichkeit des praktischen, ethischen Handelns / Die Landlosen / Jesus und das Geld /"
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.0%20Die%20Landlosen%20-%20Uebersicht.pdf>

Wenn man die lebenden und toten Weisen dieser Welt liest, kommt immer wieder zum Vorschein, dass jede Generation von Menschen unschuldig geboren wird und dass es eine Dummheit ist, sie zum Zahlmeister zur Begleichung der Schuld vergangener Generationen zu machen. Also schauen wir erst mal hin, wie und wo die Schuld der Deutschen entstanden ist und hören wir auf, mit der Formel auf das Volk zu manipulieren, die da heißt: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber zahlen müsst ihr alle!“

Auch müssen die Fraktionen in dem Bundestag und den Landtagen lernen, dass sie nicht ohne vorheriger Nachfrage den Bürgern für ein solches kleines oder großes Projekt das Geld aus der Tasche ziehen können. Wahlen zum Bundestag und den Landtagen werden ja jetzt schon häufig als politische Entmündigung auf Zeit verstanden. Das ist weit ab, von dem was die Gründer der GLU / DIE GRÜNEN sich einst erhofft haben.

An das Fachgespräch würde ich gerne teilnehmen, meine Schwerhörigkeit und mein schwankender Gesundheitszustand zwingen mich aber davon Abstand zu halten. Wenn es hinterher Texte mit Inhalten des Fachgespräches gibt, würde ich diese gerne lesen.

Ankündigung in der Vorschau von DIE ZEIT 20. 02. 2026 / ZEIT Akademie:

„Deutschland ohne Amerika

Holger Stark zeigt im ZEIT Akademie-Kurs, warum eine Epoche endet und welche Strategien Deutschland und Europa jetzt brauchen, um souverän zu handeln.“

Auch das ist ein großes Thema, das auf die „Schlamperei“ der politischen Parteien verweist. Spätesten gleich nach dem Fall des Eisernen Vorhanges wäre eine neue Ordnung des Verteidigungsbündnisses oder ein Verzicht darauf erforderlich gewesen. Und zwar nicht nur um den demokratisch nicht zu legitimieren Machtanspruch der Großmächte entgegenzutreten, sondern auch um Europa dem Weg zur Selbstfindung zu ermöglichen. Aber noch wichtiger wäre gewesen in der Zeit von Glasnost und Perestroika den Zugang von Russland zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus zu ermöglichen. Aber diesen Weg für Deutschland und Europa zu erschließen (ein Anliegen der freiwirtschaftlichen Mitgründer der GRÜNEN) haben die Parteien allgemein und besonders Besonderen die „roten“ GRÜNEN verhindert. Putin und der Ukraine-Krieg sind die Folgen. Und die „fröhliche“ Aufrüstung beim Vergessen der Schwüre: „Nie wieder Aufrüstung!“ „Nie wieder Krieg“ werden uns noch lehren, was es bedeutet, die notwendigen politischen Handlungen zu verdrängen.

000

„Ich bin in die 90er zurückkatapultiert“

US-Sanktionen treffen Nicolas Guillou, Richter am Internationalen Strafgerichtshof, hart.
Hannoversche Allgemeine Zeitung

Dienstag, 24. Februar 2026

Von Birgit Holzer

Paris. Nicolas Guillou war gerade im Urlaub in der Bretagne und mit seinem Fahrrad unterwegs, als er im vergangenen August von einer Entscheidung der US-Behörden erfuhr, die sein Leben nicht komplett umkrempeln, aber doch massiv einschränken sollte. Neben jenen von acht weiteren Richtern und Staatsanwälten am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag erschien sein Name damals auf der Sanktionsliste der USA. ...

... Er selbst, so Guillou, sehe sich als eine Art „Testperson“: An seinem Beispiel zeige

sich, wo die Abhängigkeit von den USA zu stark sei. „An all jenen Stellen, wo mein persönliches Leben nicht mehr funktioniert, lässt sich erkennen, dass Europa Untertan von Großmächten ist.“ Er trete eigentlich nicht gerne in den Medien auf und es gehe ihm auch nicht um ihn selbst, aber sein Fall müsse aufrütteln: Die EU könne die Sanktionen mit der sogenannten Blocking-Regelung umgehen, indem sie EU-Unternehmen, die nicht in den USA sitzen, ein Befolgen der US-Vorgaben verbietet.

Zudem müsse sie hinsichtlich von digitalen Diensten und solchen von Banken souveräner werden.

„Ohne Souveränität in militärischer, gesundheitspolitischer, banktechnischer und digitaler Hinsicht kann man den Rechtsstaat nicht mehr garantieren“, warnte der französische Richter. „Es gibt keinen Platz mehr für Naivität.“ ...

00000

Eine Million zusätzliche Steuererklärungen erwartet

Gewerkschaftsmitglieder können ihre Beiträge künftig voll von der Steuer absetzen – Finanzämter fürchten Überlastung

Von Anne Grüneberg HAZ vom 21. Februar 2029

... Mit der besseren steuerlichen Berücksichtigung der Mitgliedsbeiträge will die Bundesregierung Gewerkschaften in Deutschland stärken. Denn diese haben in den vergangenen Jahren viele Mitglieder eingebüßt. ...

Da können ja die Kirchen und die Mitgliederschwund leidenden Vereine auch auf zusätzlicher Unterstützung durch den Fiskus hoffen. Oder?

Der Vorgang zeigt, wie orientierungslos in der Politik agiert wird. Es gab mal Zeiten, da galt als ein sozialistisches Ziel, dass die Arbeit ihren vollen Arbeitsertrag erhält. Und zur Arbeit galt sogar bei Marx auch der Unternehmer. Er ist zu unterscheiden vom (Geld-)Investor. Aus dieser Zeit ist der Kampftruf:

„**Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will**“ Und die Umsetzung dieses Satzes heißt dann: **Das Recht auf Streik**. Vom Streik wird besonders gerne Gebrauch gemacht, wenn viele unbeteiligte Dritte davon in der Hoffnung betroffen sind, dadurch den Druck auf die Arbeitgeber und die Politik erhöhen. Diese Missachtung des Rechts der Dritten, ist aber ein offizieller geduldeter Bruch im Rechtssystem. Dieser Bruch wird stillschweigend (oder laut proklamierend) geduldet, weil man nicht wagt, den Wahrheitsgehalt des Spruches von dem starken Arm zu überprüfen. In Wahrheit ist es so, dass der starke Arm dem Arbeitnehmer am meisten nutzt, wenn er für eine Vollbeschäftigung sorgt und so die ausführende Arbeit zu einem knappen Gut macht. Daher auch das

Geschrei der Arbeitgeberverbände nach Öffnung der Grenzen, damit einsatzfähige Gastarbeiter den Druck der Nachfrage nach Arbeitnehmer mindert. Wobei die Kosten für die Anpassung der Arbeitnehmer von jenseits der Grenzen in ihrer Leistungsfähigkeit am hiesigen Markt gerne auf die vorhandenen Arbeitnehmern mittels Steuern umgelegt werden. (Das ist eine Annahme aufgrund von Einschätzung der Mentalität der betroffenen Nachfragern nach Arbeitskräften.)

Mit dem Streik können die Arbeitnehmer insgesamt ihre Lage nicht verbessern, höchsten können die Gruppen, die am meisten Lärm machen, auf Kosten anderer Gruppen ihre Einkommenssituation verbessern. Und dann gilt noch zu bedenken, dass ein Plus auf dem Lohnkonto durch die Steuerkonstruktionen und die Gier des Staates nach dem Arbeitsertrag der Bürger nicht gedämmt wird, sondern eher gestärkt wird.

An der Verteilung des Arbeitsertrages zwischen Arbeit und Kapital kann der Streik nichts ändern. Wenn dem Kapital die Rendite zu gering erscheint, haben die Investoren ein wirksameres Mittel, als die Gewerkschaften, nämlich den Investitionsstreik. Mit den Mitteln der Gewerkschaften, die noch aus der marxistischen Ideen-Kisten stammen, können sie ihren Mitgliedern nicht wirklich helfen.

Auch die Idee des *„Deficit Spending (Defizitfinanzierung) ist ein wirtschaftspolitisches Instrument, bei dem der Staat in einer konjunkturellen Schwächephase bewusst mehr Geld ausgibt, als er einnimmt, um die Wirtschaft durch gezielte Investitionen und Nachfragesteigerung anzukurbeln. Diese schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik soll laut Keynesianismus Rezessionen bekämpfen, birgt jedoch Risiken wie steigende Staatsverschuldung und Inflation.“* die hinter der von den Sozialdemokraten geforderten Aufhebung oder Milderung der Schuldenbremse steht, bewirkt nur, dass der steigenden Schuldendienst, durch das Steigen des Zinsniveaus und durch die Inflationierung der Währung gegen die Interessen der SPD-Wähler und Arbeitnehmer wirkt. Die SPD-Führung wundert sich, dass die SPD-Wähler sich nicht länger von der SPD prügeln lassen will. Es war wohl in der Zeit als die große Hoffnung der SPD, der Wirtschaftsminister Karl Schiller, als für das Ergebnis der Begriff „**Stagflation**“ geprägt wurde. Der Begriff muss wohl bald reaktiviert werden.

Ehrlicher und effektiver wäre es, die Löhne und Gehälter an einem Kaufkraft-Index der Währung zu binden und wenigstens zweimal im Jahr, die Löhne und Gehälter an die Kaufkraft des Geldes anzupassen. Ich schätze, die Gewerkschaften sind dagegen, weil der Streik als Sichtbarkeitsmerkmal für ihre Existenz ihren Sinn verlieren würde. Bei den Sozialdemokraten ist zu vermuten, dass sie für die Milderung oder Auflösung der Schuldenbremse einsetzen, weil sie noch immer Glauben mit dem deficit spending eine Besserung der Lage ihrer Wähler zu bewirken. Sie werden wohl noch lange nicht erkennen, dass sie dadurch nur ihre destruktive Rolle in der Weimarer Republik – nicht

aus Bosheit sondern aus ideologischer Blindheit – fortsetzen.

Ich habe einen Bericht aus langer zurückliegender Zeit in Erinnerung, da hat eine Gewerkschaft damit gedroht, keinen Tarifvertrag abzuschließen, das hätte bedeutet, das die Lohnfindung für die Mitglieder einzelnen Gruppen in den Unternehmen selbst vorgenommen werden und der Streit um die richtige Einstufung der Mitarbeiter in jedem Unternehmen intern ausgetragen werden müsste.

Davor hatten die betroffenen Unternehmen direkt Angst, sodass sie willig die Forderungen der betreffenden Gewerkschaft nachgekommen sind. Aber ob für eine gerechte Lohnfindung der einzelnen Arbeitnehmer die Gewerkschaften, die geeignetsten Partner sind, habe ich meinen Zweifel.

Ich weise jetzt auf eine Arbeit von mir hin, die von gewerkschaftlich orientierten Kollegen in der Norddeutschen Landbank im März 1970 angeregt wurde:

Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument die DAG-Gegenwartsforderungen -
Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit – durchzusetzen?

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf>

ab Seite 9

Zum Abschluss meiner Hinführung zum Haupttext den ich auch nur häppchenweise liefern kann, weise ich noch auf meine Arbeit „*Die freie BERUFS-BILDUNGS-ASSOZIATION* (FBA)“ aus dem Jahr 1982 hin. Es ist ein Heft im DIN A 4-Format mit 60 Seiten Umfang. Ich habe es geschrieben, als ich noch eine späte Ausbildung zum Bootsbauer machte und die Hoffnung, dass aus den GRÜNEN doch noch eine wirklich neue Partei entstehen könnte, noch nicht ganz gestorben war. Wenn ich den Text jetzt lesen würde – so vermute ich – würde das eine oder andere ändern oder ergänzen. Vom Ansatz her halt ich die Idee, die dahinter steht, immer noch für brauchbar. Ich habe noch ein Dutzend Exemplare vorrätig. Gegen einen Frei-Umschlag (DIN A 5) können diese von mir angefordert werden. Ich füge noch eine Abbildung der Titelseite und ein Link zur Bildungspolitik ein.

.... Inzwischen ist mit wieder eingefallen, dass ich die Schrift eingescannt und auf meiner Internetseite stehen habe:

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/3.0%20Freie%20Berufsbildungs-Assoziation%203.04.pdf>



00000

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Dokumentation 6 Seite 1 bis 39

(Aussagen zur freiheitlichen Bildungspolitik und Pädagogik)

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.6%20OB%20Lt.%20Doku%2006.pdf>